Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

20.11.1930 (No. 271)

Visual Library

Nr. 271 Donnerstag, den 20. November 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Oeffentliche Sammlungen für Wohlfahrtszwecke

P.-A. Die Zahl der öffentlichen Sammlungen für Wohlfahrtszwecke (Haus- und Straßensammlungen) ist trotz Anlegung eines strengen Maßstabs bei der Verbescheidung der Genehmigungsgesuche auch in diesem Jahr sehr groß gewesen. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß auch bei den Wohlfahrtsorganisationen die sonstigen Einnahmen (Mitgliederbeiträge und feste Zuschüsse u. dgl.) stark zurückgegangen sind, und daß deshalb die Veranstaltung von Sammlungen die letzte Möglichkeit bietet, Mittel zur Erfüllunng der verschiedenen Wohlfahrtsaufgaben zu gewinnen. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht übersehen werden, daß die große Zahl der Sammlungen auf die Gebefreudigkeit der Bevölkerung allmählich lähmend wirkt und schließlich auch die Veranstaltung von Sammlungen zu einem Fehlschlag werden läßt. Vorstellungen aus verschiedenen Kreisen, die sich gegen das Überhandnehmen der Sammlungen wenden, haben gezeigt, daß vielfach bereits eine starke Verärgerung über das viele Sammeln besteht. Es wäre bedauerlich, wenn diese Verärgerung sich mit der Zeit nachteilig auf das Ergebnis von Sammlungen auswirken würde, denen man wegen ihres anerkannt gemeinnützigen Zweckes einen vollen Erfolg wünschen möchte.

Vorstehende Erwägungen haben den Minister des Innern veranlaßt, bei der Genehmigung von Sammlungen, die über die Grenzen eines einzelnen Amtsbezirks hinausgehen oder sich auf das ganze Land erstrecken, im kommenden Jahr einen noch strengeren Maßstab anzulegen als bisher. Voraussichtlich wird zum Zweck der Einschränkung der Zahl der Sammlungen der einen oder anderen Organisation, die in diesem Jahr eine Sammlung veranstaltet hat, für das nächste Jahr eine Sammlungserlaubnis nicht erteilt und ihr anheimgegeben, ihr Gesuch im nächsten Jahr zu wiederholen. Denn ein allgemeiner Anspruch darauf, in jedem Jahr eine Sammlung genehmigt zu bekommen, besteht nicht.

Die Zahl der Sammlungstage könnte erheblich eingeschränkt werden durch den Zusammenschluß verschiedener Organisationen mit gleichen oder verwandten Zielen zur Veranstaltung einer gemeinsamen Sammlung, ohne Aufgebung der eigenen Selbständigkeit. So haben sich zum Beispiel in sehr anerkennenswerter Weise der badische Krüppelfürsorgeverein, der badische Blindenverein und der Verein für badische Taubstumme zu einer Arbeitsgemeinschaft badischer Gebrechlichenverbände zusammengeschlossen, die sich sehr gut bewährt hat. In dieser Weise könnten sich auch die Organisationen vereinigen, die zum Beispiel die Bekämpfung weitverbreiteter Volkskrankheiten, wie Krebs, Tuberkulose u. dgl., zum Zweck haben. Aber auch andere Organisationen, deren Ziele nicht ganz so nah miteinander verwandt sind, aber doch in gewisser Beziehung miteinander in Verbindung gebracht werden können, sollten sich zur Veranstaltung einer gemeinsamen Sammlung verbinden; hierher gehören zum Beispiel die verschiedenen Organisationen, die sich der Fürsorge für Veteranen und Krieger sowie der Kriegsgräberfürsorge widmen, ferner diejenigen, die den Kolonialgedanken und das Auslandsdeutschtum pflegen, oder die sich mit dem Krankenpflegewesen und der inneren Mission und ähnlichen Aufgaben befassen, oder die der Förderung der Jugend dienen usw. Sehr zu begrüßen wäre es auch, wenn diejenigen Organisationen, die bei gleichen oder nahe verwandten Zielen lediglich nach der Parteizugehörigkeit oder sozialen Stellung ihrer Mitglieder getrennt sind, sich zu einer gemeinsamen Sammeltätigkeit unter Vereinbarung eines Schlüssels für die Verteilung des Sammlungserlöses vereinigen würden.

Der Minister des Innern hat daher alle diejenigen Organisationen, die nach vorstehenden oder ähnlichen Gesichtspunkten für einen Zusammenschluß zu gemeinsamem Vorgehen bei etwaigen Sammlungen in Betracht kommen, aufgefordert, alsbald hierwegen miteinander in Fühlung zu treten. Die Verhandlungen sollten so gefördert werden, daß etwaige Anträge auf Genehmigung von Sammlungen **spätestens bis 15. Januar 1931** beim Innenministerium eingereicht oder wenigstens unter Angabe der wesentlichen Punkte vorgemerkt werden können. Die Verbescheidung aller Gesuche wird bis zu diesem Zeitpunkt zurückgestellt, um einen Überblick über die geplanten Sammlungen zu bekommen.

Wenn es gelingt, auf diese Weise die Zahl der Sammlungstage auf einige wenige im Jahre zu beschränken, so wird dadurch auch erreicht, daß die Kosten der Sammlung, die je nach der Art der Werbung oft recht groß sind, auf breitere Schultern geladen werden und sich für die einzelnen an der gemeinsamen Sammlung beteiligten Organisationen nicht unwesentlich vermindern, so daß ein verhältnismäßig größerer Anteil an dem Sammlungsertrag den eigentlichen Wohlfahrtszwecken zugute kommt als bisher, was durchaus erwünscht wäre. Infolgedessen braucht auch das Ergebnis dieser wenigen Sammlungen für die daran beteiligten Organisationen im ganzen durchaus nicht geringer zu sein, als wenn infolge einer Überzahl von Sammlungen allmählich eine Teilnahmslosigkeit gegenüber den Sammlungen bei der Bevölkerung eintritt, die schließlich zu einem Mißerfolg der Sammlungen führen muß.

Bei dieser Gelegenheit wird im Hinblick auf wiederholte Anfragen anläßlich der diesjährigen Sammlungen ferner noch auf folgendes hingewiesen:

Die Genehmigung einer Sammlung von Haus zu Haus berechtigt nur zur Sammlung in Privathäusern, nicht auch zur Sammlung in Wirtschaften, öffentlichen Gebäuden und an sonstigen öffentlichen Orten oder auf Straßen und Plätzen und ebenso berechtigt die Genehmigung zu einer Sammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht auch zu einer Sammlung in Privathäusern oder in Wirtschaften, öffentlichen Gebäuden usw. Es ist daher jeweils genau anzugeben, welche Art der Sammlung bzw. in welcher Ausdehnung die Sammlung genehmigt werden soll, damit dies gegebenenfalls im Genehmigungsbescheid zum Ausdruck gebracht werden kann.

Letzte Nachrichten

Die Tabaksteuern

Ein Kompromiß im Reichsratsausschuß

WTB. Berlin, 20. Nov. (Tel.) Die Tabaksteuervorlage ist von den Reichsratsausschüssen in 3. Lesung angenommen worden. Es kam dabei ein Kompromiß zustande, mit dem sich die Regierung einverstanden erklärt hat. Der in der Vorlage vorgeschlagene Tabakzoll ist von 250 auf 200 Reichsmark herabgesetzt worden. Die Bandelosesteuer für Pfeifentabak beträgt 35 Prozent, für Zigarren 25 Prozent und für Zigaretten 38 Prozent. Die Materialsteuer für Zigaretten ist auf 450 Reichsmark für den Doppelzentner festgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Mit Mehrheit wurde die Vorlage gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen angenommen.

Nach den polnischen Wahlen

Umbildung der Regierung

WTB. **Warschau**, 20. Nov. Wie gerüchtweise verlautet, steht eine **Umbildung der gegenwärtigen Regierung** bevor. General **Pilsudski**, so heißt es, werde von seiner Stellung als Ministerpräsident zurücktreten und nur das Portefeuille des Kriegsministers behalten. Als Nachfolger Pilsudskis als Ministerpräsident wird der gegenwärtige Minister ohne Portefeuille, Oberst **Beck**, genannt.

Ein französisches Urteil

WTB. **Paris**, 20. Nov. (Tel.). „La République" schreibt über die polnischen Wahlen: Um seine Autorität zu stärken, hat Pilsudski geglaubt, Polen ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts erwähltes Parlament zu geben mit der Bedingung, daß in diesem Parlament eine Mehrheit ihn unterstütze. Das Blatt bezeichnet das faschistische Regime Polens als eine **Gefahr für Europa** und erklärt in diesem Zusammenhang, das **Problem der deutsch-polnischen Beziehungen** könne weder von einer nationalistischen deutschen, noch von einer nationalistischen polnischen Regierung geregelt werden. Aber während die deutsche Regierung im offenen Kampf mit den deutschen Nationalisten liege, sei die polnische Regierung der Ausschuß der polnischen Nationalisten selbst. Die Zeit einer für den europäischen Frieden notwendigen **Verständigung scheine in noch weite Ferne gerückt**, und die Nichtlösung der gestellten Fragen verwickele diese und werde den Abschluß eines Abkommens nur noch erschweren.

Kritik an der englischen Arbeiterpartei

WTB. **London**, 20. Nov. (Tel.) „Daily Mirror" sagt in einem Leitartikel: Der letzte und größte **Fehlschlag der sterbenden Regierung** ist der völlige Zusammenbruch ihrer so häufig erwähnten Hoffnungen auf Erzielung eines praktischen **Abrüstungsplanes**. Hierbei handelt es sich tatsächlich um eines der Ziele, die das Volk mit den Bestrebungen der sogenannten Arbeiterpartei in Verbindung bringt. Nach jahrelanger Vorbereitung und nach zwei Wochen der Haarspalterei über budgetäre oder direkte Kontrolle, haben unsere Vertreter in Genf die Sache **als aussichtslos aufgegeben** — denn darauf kommt das Ganze hinaus. Somit scheint das ausgesprochene Ziel der Sozialisten — das übrigens nicht nur ihnen, sondern allen denkenden Parteien und Menschen am Herzen liegt — von sozialistischen Ministern „verpatzt" worden zu sein.

Preußens Etat für 1931

VDZ. **Berlin**, 20. Nov. (Tel.) Der **preußische Haushaltsplan für 1931** balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrage von **3 972 694 910 Reichsmark**. Einnahmen und Ausgaben sind damit um 384 260 110 Reichsmark geringer als die entsprechenden Summen des Etats für 1930. Im einzelnen werden für das kommende Haushaltsjahr die laufenden Einnahmen auf 3778,7, die einmaligen Einnahmen auf 194 Millionen Reichsmark angesetzt, die dauernden Ausgaben auf 3693,9 und die einmaligen Ausgaben auf 278,8 Mill. Reichsmark.

Schiedsspruch für die niederschlesische Metallindustrie

WTB. **Görlitz**, 20. Nov. (Tel.). Vom Schlichtungsausschuß Görlitz ist am 18. November für die Betriebe des Verbandes der Metallindustriellen Niederschlesiens ein **Schiedsspruch** verkündet worden, auf Grund dessen mit Beginn der Lohnwoche, in welche der 1. Dezember 1930 fällt, die Löhne der gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter **um 3 Proz.** und die der Frauen **um 2 Proz. gesenkt** werden. Ab 15. Januar 1931 tritt eine **weitere Senkung** der Löhne der gelernten und angelernten Arbeiter **um 4 Proz.**, der Löhne der ungelernten Arbeiter **um 3 Proz.** und der der Frauen **um 2 Proz.** ein. Die Geltungsdauer ist bis 30. Juni 1931 festgelegt. Erklärungsfrist bis 25. November.

Bucharin unterwirft sich. In einer Erklärung gesteht — wie aus Moskau gemeldet wird — Bucharin seine rechtsopportunistischen Irrtümer vollkommen ein und erklärt sich solidarisch mit sämtlichen Beschlüssen des letzten Kongresses der Kommunistischen Partei und mit der politischen Linie der Parteileitung.

Städtische Gemeinschaftsarbeit

Anläßlich der Hauptversammlungen des Deutschen und des Preußischen Städtetages in Dresden und in Erinnerung an den Tag, an dem vor 25 Jahren der Erste Deutsche Städtetag stattfand, hat die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages eine Schrift herausgebracht, in der sie die Organisation und Arbeitsart des Deutschen Städtetages schildert. Voran geht ein Rückblick auf die Entstehung des Deutschen Städtetages. Ursache des Zusammenschlusses der deutschen Städte war die **Fleischteuerung** um die Wende des vorigen Jahrhunderts und die dadurch notwendig werdende stärkere Vertretung wichtiger Angelegenheiten. Solange die städtische Arbeit sich überwiegend im Rahmen der Länder hielt, hatte der Deutsche Städtetag nur einen beschränkten Wirkungskreis. Im Landesrecht wurzelten die Beziehungen zu den Aufsichtsbehörden, die städtische Verfassung, das städtische Finanzwesen. Auch soweit Reichsgesetze für die Städte in Betracht kamen, ergab sich ihre Bedeutung zumeist aus dem Landesrecht.

Trotzdem kamen ohne Rücksicht auf die regionale Gliederung die Vertreter der deutschen Städte zusammen, um schlechthin als deutsche Städte städtische Angelegenheiten zu beraten. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich über die trennenden Verschiedenheiten der Landesgesetzgebungen und Landesverwaltungen hinweg die Grundlinien als gemeinschaftliche herausstellten, und so immer weitere Fragen für die Bearbeitung durch den Deutschen Städtetag reif wurden. Dabei standen die jeweils dringlichen Zeitfragen selbstverständlich im Mittelpunkt der Städtetagsarbeit.

Seit dem Kriege haben sich die gemeindlichen Obliegenheiten nicht nur der Zahl nach vermehrt, sie sind auch immer verwickelter geworden. Heute muß z. B. der Eigenart der durchweg unverschuldeten Notlage der Kriegsopfer und Kriegerhinterbliebenen, der Rentner und Sozialversicherten statt durch die alte Armenpflege durch eine sozialere Fürsorge Rechnung getragen werden. Heute haben die allgemeinen Schularten, die Volks-, Mittel- und höhere Schule, und die neueren für bestimmte Berufe vorbereitenden Fachschulen und Fortbildungskurse auf das erhöhte Bildungsbedürfnis und den gesteigerten Kampf ums Dasein Bedacht zu nehmen.

Die Probleme, denen die Gemeinden in der Nachkriegszeit gegenüberstehen, reichen meist über das Gebiet fachlich-technischer Verwaltung in alle Zweige der Politik und greifen tief in das soziale Leben ein. Es geht nicht mehr an, etwa eine Polizei-, Schul- oder Wohlfahrtsfrage isoliert für sich zu betrachten. Jede muß aus der Fülle und Verflechtung der Probleme mit Überblick und mit Rücksicht auf das Ganze geprüft werden. Zudem sind die Fragen regelmäßig dringlich, so daß sie rechtzeitiges Eingreifen und schnelles Zupacken verlangen.

Die Städtetagsarbeit geht häufig Hand in Hand mit einer über die Mitgliedskreise hinausreichenden Gemeinschaftsarbeit, die dem Bestreben entspringt, noch mehr als sonst neben den städtischen auch die anderwärts gemachten Erfahrungen auszunutzen und dafür zu sorgen, daß nicht mehrere Stellen nebeneinander arbeiten und vermeidbare Doppelarbeit leisten. Der Städtetag setzt sich dann dafür ein, daß die verschiedenen Beteiligten gemeinsame, einheitlich arbeitende Stellen einrichten. Bei der sich ergebenden Zusammenarbeit wird entscheidender Wert darauf gelegt, daß die Sachverständigen, auf die es ankommt, zusammengebracht und die Arbeiten zusammengefaßt werden, die zweckmäßig nur von **einer** Stelle ausgeführt werden können.

Im Mittelpunkt der **Verbandsarbeit nach innen** steht die **Auskunftstätigkeit** des Städtetages über alle die Städte angehenden Tatsachen, Verwaltungsübungen und -verfahren. Sie hat im Laufe der Jahre außerordentlich zugenommen. Angesichts der immer schwieriger und verwickelter werdenden Verwaltungsaufgaben ist dies auch nicht verwunderlich. Es gibt so ziemlich nichts zwischen Himmel und Erde, worüber die Mitgliedstädte nicht Bescheid haben wollen. Ihre Zentrale muß, abgesehen von üblichen Auskünften — z. B. wie die Fortbildung bestimmter Beamtengruppen gefördert, Berufs- und Fachschulen ausgestattet, Lehrstellen für taubstumme Jugendliche gefunden, die Bearbeitung von Fürsorgeanträgen beschleunigt, dem Bettlerunwesen gesteuert, Marktrevisionen durchgeführt werden sollen, wie sich neue Verfahren der Befestigung des Straßendammes bewährt haben, wie hoch der Verwaltungskostenkoeffizient bei der Erhebung von Kommunalsteuern in gleichartigen Städten ist — auch über fast scherzhaft anmutende Dinge Auskunft geben. Sie soll z. B. wissen: welche Lebensmittel verdorben werden, wenn in Lebensmittelgeschäften geraucht wird; wann eine Stadt Ziegenböcke halten soll; wie sich lästige Algen aus einem Freibad entfernen lassen; ob sich für die Karnevalszeit eine Maskensteuer lohnt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Begutachtung von **Rechtsfragen** gehörte zu Anfang nicht oder nur ausnahmsweise zu den Aufgaben des Städtetages. Heute fordern die Städte Gutachten auf schlechthin allen Rechtsgebieten. Der Städtetag kann sich diesem Verlangen auch nicht entziehen; die Maschine der Gesetzgebung arbeitet so schnell, daß es für die einzelne Stadt oft nicht leicht ist, festzustellen, was rechtens ist, und wie die Bestimmungen auszulegen sind. Aus den Anfragen der Städte und dem durch sie verursachten mündlichen und schriftlichen Verkehr ergibt sich, an welchen Stellen das Recht ergänzungs- oder abänderungsbedürftig ist. Der Städtetag kann dann den Schwierigkeiten im Zusammenhange nachgehen, um nach weiteren Erhebungen und Untersuchungen die nötigen Anträge an die Ministerien zu richten und zu vertreten. Aus seiner ganzen Praxis heraus muß er auf das dringendste immer wieder fordern: Verlangsamung des Tempos der Gesetzgebung, Vereinfachung des Rechts, Vermeidung kasuistischer Einzelregelungen, sorgfältigere Ausarbeitung der Gesetze und stärkere Berücksichtigung der Erfordernisse der Verwaltungen, welche die Gesetze auszuführen haben.

Innerhalb der Städtetagsorganisation bilden die Erfahrungen, die sich aus der Fülle der Einzelfälle ergeben, gleichzeitig die Grundlage für die Mitarbeit des Städtetages an der **Rationalisierung der städtischen Verwaltungen** mit dem Ziele, die Verwaltung insgesamt und auf den einzelnen Gebieten einfacher, billiger und wirkungsvoller zu machen.

Auch die Veränderungen im **wirtschaftlichen** Leben haben den Städtetag vor ganz neue Aufgaben gestellt. Je länger, desto mehr ergab sich für ihn die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Organisationen. Der Städtetag geht dabei nicht von den Interessen einzelner Gruppen der Bevölkerung aus; die Richtlinien seines Handelns gibt ihm vielmehr das Wohl der Gesamtheit, dem er dient. Hier ergibt sich für den Städtetag eine ständig wachsende Aufgabe. Sie bietet ihm unzählige Berührungspunkte zu der Privatwirtschaft, ihren Einrichtungen und Organisationen. Überall dort, wo die Auffassungen über die Gestaltung der Wirtschaft verschieden sind und verschieden sein müssen, sucht der Städtetag in ständiger Fühlung mit den wirtschaftlichen Organisationen für die allgemeinen Gesichtspunkte des öffentlichen Wohles Verständnis zu wecken. Tritt er so auf der einen Seite als Kritiker wirtschaftlicher Forderungen auf, so sieht er auf der anderen Seite eine wichtige Aufgabe darin, durch Zusammenarbeit mit den Verbänden der Wirtschaft, und zwar sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber, dem wirtschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten zu dienen. Gemeinden und Wirtschaft finden sich in dem Streben zusammen, die innerdeutschen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu verbessern.

Gerade auf diesem Gebiet sieht der Städtetag noch große Gemeinschaftsaufgaben, an deren Lösung zusammen mit den Vertretern der Wirtschafts- und Berufsverbände zu arbeiten, er für ein zwingendes Gebot der Gegenwart und Zukunft hält.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald ist von London nach Berlin zurückgekehrt.

Der evangelische Kirchenvertrag in Preußen. Die Verhandlungen über den evangelischen Kirchenvertrag werden, wie die „V. Z." berichtet, zur Zeit auf der Grundlage eines vom preußischen Staatsministeriums ausgearbeiteten Entwurfs geführt. Es scheinen noch Meinungsverschiedenheiten vor allem über die **„Politische Klausel"** zu bestehen, d. h. über das staatliche Einspruchsrecht bei Besetzung der leitenden evangelischen Kirchenämter. Dabei vertreten, dem Blatt zufolge, die Kirchen die Auffassung, daß ein **Schiedsgericht** geschaffen werden müßte, das bei Anwendung des Staatlichen Vetorechts zu entscheiden hätte, während auf staatlicher Seite an einem unbedingten, von keiner Instanz abhängigen Einspruchsrecht festgehalten wird.

Bei einem kommunistischen Überfall auf Nationalsozialisten in Görlitz sind 8 Nationalsozialisten verletzt worden, darunter 3 schwer. Der Polizei gelang es bisher nicht, die Täter zu ermitteln.

Das Flugboot „Do X" ist heute, Donnerstag, 11.10 Uhr in **Bordeaux** gestartet, zum Flug nach **La Coruna.**

Wirtschaftsverbände zur Lage

Die badischen Arbeitgeber zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Vorstand des Bundes badischer Arbeitgeberverbände hat zur Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

„Die Zahl der Arbeitslosen ist auf über 3 Millionen gestiegen. Wir bitten unsere Mitgliedsverbände, sich der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im vollen Gefühl der Mitverantwortung anzunehmen. Der Vorstand ist mit den Vorständen der industriellen Spitzenverbände in voller Übereinstimmung darüber, daß eine Beseitigung oder merkliche Senkung der Arbeitslosigkeit durch **gesetzliche** Beschränkungen der Arbeitszeit oder Entlassungsverbot nicht erreicht werden kann. Die Schwierigkeiten der Durchführung werden auch in der sozialistischen Presse zum Teil zugegeben.

In den Kundgebungen der Spitzenverbände ist betont worden, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in **Betrieben, die dazu in der Lage** sind, zu begrüßen sei. Aus der gleichen Einstellung heraus glaubt der Bund, denjenigen Betrieben, die heute noch voll oder wenig gekürzt arbeiten, und bei denen die technischen Voraussetzungen vorliegen, angelegentlichst empfehlen zu sollen, der Arbeitszeitverkürzung unter entsprechender Neueinstellung von Arbeitslosen näherzutreten. Voraussetzung ist, daß ein Lohnausgleich nicht gefordert wird.

Wir sind uns klar darüber, daß eine wesentliche Senkung der Arbeitslosigkeit auf diesem Wege leider nicht zu erreichen ist, sondern daß diese nur bei einer wesentlichen **Senkung der Gesamtgestehungskosten** eintreten kann. Auf diese Senkung der Gestehungskosten mit allem Nachdruck hinzuarbeiten, ist eine unbedingte Pflicht im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft."

Der Süddeutsche Einzelhandelstag zum Preisabbau

Der Süddeutsche Einzelhandelstag, dem die Landesverbände des Einzelhandels von Baden, Bayern, Hessen, Pfalz und Württemberg angehören, hat in seiner am 19. November 1930 in Karlsruhe abgehaltenen vollbesuchten Mitgliederversammlung zum **Preisabbau** Stellung genommen und eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, in denen es heißt:

Er begrüßt jede organische und den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte wirkliche Preissenkung auf allen Gebieten der Warenerzeugung und -verteilung, da hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, die Kaufkraft der Bevölkerung zu steigern und wesentlich verstärkte Umsätze herbeizuführen.

Der Einfluß des Einzelhandels auf die Preisbildung ist aber verhältnismäßig gering und keinesfalls maßgeblich. Der Einzelhandel ist schon bisher freiwillig allen Preisrückgängen bei den Vorstufen in denkbar möglichem Umfange gefolgt und hat darüber hinaus ohne solchen Anlaß vielfach einen Preisabbau herbeigeführt, der sich mit einer gesunden kaufmännischen Kalkulation kaum noch vereinbaren läßt.

Was die **landwirtschaftlichen Erzeugnisse** sowie insbesondere die Brot- und Fleischverteilung anbelangt, so wird erneut betont, daß der Einzelhandel für die Preisgestaltung in dieser Kategorie Lebensmittel nicht verantwortlich gemacht werden kann, da er weder für den Marktverkehr noch für die handwerklich betriebenen Geschäfte der Bäcker und Metzger zuständig ist.

Die Art der Veröffentlichungen, die von Berlin ausgehen und im Lande vielfach gegen den Einzelhandel ausgewertet werden, könne nicht geeignet sein, den seit Jahren tatsächlich bereits im Gang befindlichen Preisabbau irgendwie zu fördern. Wirtschaftliche Gesetze können einfach nicht auf den Kopf gestellt werden; dies haben die Vorgänge der Jahre 1918 bis 1924 mit ihren Mißerfolgen zur Genüge bewiesen.

Durch Druck von oben in einzelnen Artikeln erzwungene Senkungen stellen keinen aus wirtschaftlichen Voraussetzungen erfolgten Preisabbau mehr dar, da andererseits eine Senkung der auf dem Handel ruhenden öffentlichen und sonstigen **Lasten** — Steuern, sozialen Abgaben, Gehälter, Löhne, Mieten, Frachten, Strom- und Gaspreise, Zinsen usw. — bis jetzt leider nirgends in Erscheinung getreten ist. Reich, Staat und Gemeinden hätten alle Veranlassung, hier beispielgebend voranzugehen. Der Süddeutsche Einzelhandelstag bittet die Verbraucherschaft, der weiteren Entwicklung der Dinge hinsichtlich der Preisbildung mit sachlicher Ruhe und Vernunft zu begegnen.

Deutschland verzichtet auf weiteres Abstimmen in Genf. Auf der Dienstagsitzung des sogenannten Abrüstungsausschusses erklärte Graf Bernstorff, daß er sich bei künftigen Abstimmungen der Stimme enthalten werde, da das gegenwärtige Abrüstungsabkommen für Deutschland **wertlos und sinnlos sei.**

Rationalisierung in der Landwirtschaft

Elektrizität und Hühnerzucht

Hilfe für die daniederliegende Landwirtschaft tut not. Dem kleinbäuerlichen Betrieb, wie er in Baden vorwiegend besteht, kann aber weniger geholfen werden durch Hebung des Getreidebaues und durch Getreidezölle als vielmehr durch **Verbesserung und Vermehrung der Produktion hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse.** Insbesondere die Produktion an **Eiern** bildet für den kleinbäuerlichen Betrieb eine wesentliche Einnahmequelle. Die Eierproduktion kann nun, wie seit mehreren Jahren angestellte Versuche einwandfrei ergeben haben, mit verhältnismäßig geringen Mitteln wesentlich vermehrt werden, indem die Legetätigkeit der Hühner auch für den Winter angeregt wird.

Unser Haushuhn stammt aus den Tropen, es hat dort jahraus, jahrein dieselbe Länge von Tag und Nacht, was seiner Natur am zuträglichsten ist. Bei uns in Deutschland dagegen lebt es unter sich dauernd ändernden Tageslängen. Während ihm im Hochsommer bis zu 17 Tagesstunden beschert sind, muß es sich im Winter mit etwa 7 Tagesstunden begnügen, was zur Folge hat, daß das Haushuhn also in den Herbst- und Wintermonaten, wo die Tage kürzer sind als 12 Stunden, unter ungünstigen Bedingungen leben muß und vor allem während der wenigen Tagesstunden nicht genügend Nahrung aufnehmen kann. Dazu kommt, daß es bei Schneewetter meist die engen Ställe nicht verlassen kann, daher infolge der geringeren Bewegung noch weniger Futter aufnimmt. Jeder wird schon die Folge hiervon beobachtet haben, daß der Körperzustand der Hühner in den Monaten mit kurzer Tageslänge schlecht ist und bei zunehmender Tageslänge wieder besser wird. Die im Frühjahr geschlüpften Junghennen und die Hennen, die gemausert haben, wollen bereits in den Herbstmonaten legen, aber es fehlt ihnen die Möglichkeit, ausreichende Nährstoffe aufzunehmen und zu verarbeiten.

Man hat deshalb in den Hühnerställen **zusätzliche Beleuchtung angebracht,** um den Hühnern auch in den Wintermonaten die Aufnahme der normalen Nahrungsmenge zu ermöglichen. Es sind durch diese Hilfe, die den Hühnern von fortschrittlichen Landwirten geboten wurde, Steigerungen der Eierproduktion um 30 Prozent und mehr, in Spitzenfällen sogar um 50 Proz. eingetreten. Hierbei ist keineswegs eine schädigende Rückwirkung auf den Gesundheitszustand der Hühner beobachtet worden, im Gegenteil, die Hühner haben einen lebhafteren Eindruck gemacht und sind weniger von Krankheiten befallen worden als bei der veralteten Haltung. Die tägliche Mehraufnahme an Futter hat man je Tier auf 15 bis 20 Gramm ermittelt. Die Zusatzbeleuchtung wird im allgemeinen vor Tagesanbruch gegeben. Eine künstliche Verlängerung des Tages am Abend ist deshalb nicht ratsam, weil die Hühner durch die natürliche Dämmerung veranlaßt werden, die Sitzstangen aufzusuchen, was sie bei plötzlichem Ausschalten des Lichtes in vielen Fällen nicht tun würden.

Das Huhn als Tropentier ist aber auch sehr empfindlich gegen das in unseren Breitengraden häufige Fehlen der intensiven Sonnenstrahlen. Man hat deshalb mit sogenannten **künstlichen Höhensonnen** Bestrahlungen vorgenommen und außerordentlich gut Erfolge erzielt. Es zeigte sich, daß nicht nur eine baldige Heilung von Rachitis befallener Hühner eintrat, sondern daß auch deren Wachstum außerordentlich schnell zunahm und ihre Sterblichkeitsziffer stark zurückging. Die Küken hatten bei täglicher Bestrahlung von 20 Minuten mit einer künstlichen Höhensonne innerhalb 3 Wochen schon ein Gewicht von durchschnittlich ½ Pfund, was sie sonst bei sorgfältigster Pflege nur in 5—7 Wochen erreichen. Bei gleichzeitig mitbestrahlten Legehühnern zeigten sich eine Erhöhung der Eierproduktion bis zu 140 Proz., härtere Eierschalen und höhere Schlupfergebnisse beim Ausbrüten der Eier. Schon äußere Merkmale zeigten, daß die Tiere das ungewohnte Licht der künstlichen Höhensonne durchaus nicht unangenehm empfinden, sondern sie drängten sich in die Strahlen der Lampe und fühlten sich sichtlich sehr wohl.

Die Unkosten für die künstliche Stallbeleuchtung und Bestrahlung sind gering und werden durch die guten Erfolge und den Mehrertrag reichlich aufgewogen

Auch Versuche, die **Kühe, Schweine** usw. mit künstlicher Höhensonne zu behandeln, haben große Erfolge gebracht.

Es dürfte allgemein interessieren, daß in **Baden** schon eine Reihe von Betrieben besteht, die diese fortschrittlichen Methoden mit bestem Erfolg anwenden, und es ist zweifellos der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, daß durch solche fortschrittlichen Einrichtungen und Methoden, die fast jeder Landwirt mit verhältnismäßig wenig Kosten sich beschaffen kann, der Landwirtschaft große Erleichterung in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe erwächst

Gesellschaft für Manufaktologie

Erste Tagung in Karlsruhe

Anläßlich des Geburtstages ihres Ehrenpräsidenten, **Gerhart Hauptmann,** hielt am 15. November die „Gefüma" ihre erste Tagung in der Hochschule für Musik in Karlsruhe ab. Der Begründer der Manufaktologie und Vorsitzende der Gesellschaft, Obering. **Herig,** gab einen Bericht über die von ihm und seinen Mitarbeitern gehaltenen Vorträge und veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten, die sich in folgende Arbeitsgebiete gliedern lassen: Technik der Steinzeit, Morphologie der Werkzeuge, Technologie der Musikinstrumente, Symbolik der Hand, Charakterologie, Chirotechnik und Manufaktologie als Kulturphilosophie. Darauf folgten Angaben über das zur Verfügung stehende Anschauungsmaterial, sowie über die von der „Gefüma" herausgegebene Fachzeitschrift „Die Handkulturlehre". Um dann der Versammlung einen Einblick in die augenblicklich in Arbeit befindlichen Untersuchungen auf dem Gebiete der **Technologie der Werkzeuge** zu gewähren, verlas Herig einige Seiten seines neuen für das „Handbuch der Arbeitswissenschaften" von Prof. Dr. Giese, Stuttgart, bestimmten Manuskript. Es handelt sich dabei um die Analyse der Handtätigkeiten und deren Übertragung auf die Werkzeuge. Zum Schluß wies der Redner auf **Gerhart Hauptmann** hin, der schon häufig in seinen Dichtungen die Hand und ihre Tätigkeit vom kulturellen Standpunkt aus beleuchtet hat und auch deswegen als Förderer und Befürworter der Manufaktologie anzusehen ist.

Das in der Pause verlesene Begrüßungstelegramm **Gerharts Hauptmanns** hatte folgenden Wortlaut: „Der Gesellschaft für Manufaktologie zu ihrer ersten Tagung Gegengruß und Glückwunsch. Möge sie einen guten Baugrund legen sowohl zur Erforschung von Wesen und Bedeutung der denkenden Hand als auch zur allmählichen Anerkennung ihres hohen und höchsten kulturellen Wertes. Jeder Schritt dieser einfachen und reinen Reformation, der den sachlichtesten und natürlichsten Gedanken als bewegende Seele in sich trägt, wird von Segen begleitet sein."

Das nächste Referat über „Die Hand als Faktor in der Sprachentwicklung" hielt Frau Else **Herig.** Sie verfolgte ihr Thema einmal in Richtung der Gebärdensprache und einmal in Richtung der Lautsprache. Sie zeigte, wie der ganze Ausdrucksschatz der Gebärdensprache in den Wortschatz der Lautsprache übernommen worden sei, was sowohl in den indogermanischen, wie auch in den slawischen Sprachen nachweisbar ist.

Als nächster Redner sprach Dr. Carl **Hessemer** über „Die Manufaktologie als Kulturphilosophie". Sein Vortrag wollte auf die Frage: Wie ist eine Kulturphilosophie auf manufaktologischer Grundlage möglich? antworten. Dabei berührte er das Verhältnis der Handkulturlehre zur Philosophie überhaupt und trug eine große Reihe philosophischer Argumente zusammen, die zeigten, wie man die vielseitigen Forschungsergebnisse der Herigschen Arbeiten zusammenfassen und als Kulturphilosophie ausarbeiten könne.

Prof. Dr. **Weyrich** hatte es sich zur Aufgabe gemacht, das Programm der künftigen Arbeiten Herigs und seiner Mitarbeiter aufzurollen. Er wies dabei hauptsächlich auf die dringend notwendige Vermessung der Mannheimer und Freiburger prähistorischen Sammlungen, ferner auf den Ausbau der Fachbibliothek und des Laboratoriums hin und fügte den Wunsch hinzu, daß auch die Zeitschrift „Die Handkulturlehre" möglichst bald erweitert werden könne.

Nach diesen programmäßigen Vorträgen äußerten sich Hauptlehrer Herbert **Fischer** vom Lehrinstitut für Dentisten und Dr. Rudolf **Weigel,** Dozent an der Technischen Hochschule, zu den vorangegangenen Ausführungen und betonten die engen Zusammenhänge zwischen Manufaktologie und Technik. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß diese erste so glänzend verlaufene Tagung einen bedeutenden Schritt vorwärts auf dem Wege engster Zusammenarbeit zwischen Manufaktologie und Technik darstellen möge.

Außerdem überbrachte die Südwestdeutsche Lichttechnische Gesellschaft durch ihren Vorsitzenden, Prof. Dr. **Teichmüller,** der „Gefüma" die herzlichsten Glückwünsche und hob den engen Zusammenhang zwischen Lichttechnik und Manufaktologie hervor.

Kleine Chronik

Während einer Autofahrt erschoß die aus Halle gebürtige Tänzerin **Koch** ihren Freund, den Kaufmann Thronhardt, im Führersitz seines Kraftwagens.

In Wittenberg a. d. Elbe wurde heute, Donnerstag, vormittag von 4 Unbekannten ein **Überfall auf zwei Postbeamte** ausgeführt, die sich auf dem Wege zur Reichsbank befanden. Die Verbrecher erbeuteten 24 500 *RM* und sind dann in einem Auto, das die Nummer Ia 65 187 trug, unerkannt entkommen.

Im **Bielefelder** Hauptbahnhof schlich sich, während Postbeamte damit beschäftigt waren, Wertpakete in einen Zug zu verladen, unauffällig ein Mann an den Wagen heran und stahl einen dort liegenden Beutel Reichsbankwechsel, deren Wert über 100 000 Reichsmark betragen soll. Die Wechsel sind für den Täter wertlos.

Die Gemeinde **Linthal** am Beginn der Klausenthalstraße in **Glarus** (Schweiz) wird neuerlich durch eine **Erdbewegung** am Kilchenstock beunruhigt. Es bewegen sich etwa 100 000 Kubikmeter täglich einen Zentimeter abwärts. Für die bedrohten Dorfteile sind Räumungsvorbereitungen angeordnet.

Auf der Schelde bei **Antwerpen** wurde der englische Dampfer **„Hebble"** von einem anderen englischen Dampfer in den Grund gebohrt. 5 Mann der Besatzung werden vermißt.

Das große englische Passagiermotorschiff **„Highlandhope"** erlitt an der portugiesischen Küste **Schiffbruch.** 200 Passagiere und die Besatzung wurden in Rettungsbooten von Fischerfahrzeugen ins Schlepptau genommen und ans Land gebracht.

Die Mannschaft des bei Neufundland gesunkenen schwedischen Dampfers **„Ovidia"** (10 Personen) konnte gerettet werden.

In **New York** soll der Erzherzog **Leopold von Österreich** unter der Anklage schweren **Diebstahls** vor Gericht gestellt werden. Er hat vorigen Winter ein seiner Tante, der Erzherzogin Maria Theresia, gehöriges Diamantenhalsband verkauft. Dieses war ein Geschenk Napoleons an Marie Luise.

Durch einen **Tornado** wurde die kleine Ortschaft Bethany im Staate New York fast vollständig zerstört. **25 Personen** wurden getötet und etwa 100 verletzt.

Ein Wolkenbruch rief im Norden von **Honolulu** große Überschwemmungen hervor. 8 Leichen wurden bisher geborgen. 20 Personen werden vermißt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Eröffnung des Badischen Landtags

Wahl des Präsidiums

DZ. **Karlsruhe**, 20. Nov. Das Landtagsgebäude trägt Flaggenschmuck. Schlicht und einfach, aber in feierlichem Gewande vollzieht sich die **Eröffnung der neuen Landtagsperiode.** Gegen ½12 Uhr finden sich die Abgeordneten nahezu vollzählig im Sitzungssaale ein. Auf der Regierungsbank nehmen die Minister Platz. Auch die Tribünen sind gut besetzt. Auf dem Platze des verstorbenen Prälaten Dr. **Schofer** liegen drei weiße Chrysanthemen.

Auf dem Stuhl des Präsidenten amtiert der bisherige erste Vizepräsident, **Maier**-Heidelberg (Sozdem.), der sofort zur

Wahl des Präsidenten

schreitet, die durch Stimmzettel erfolgt. An der Wahl beteiligen sich 79 Abgeordnete. Die Nationalsozialisten beteiligten sich nicht an der Wahl des Präsidenten.

Der bisherige Präsident, **Duffner** (Zentr.), wird mit 70 Stimmen wiedergewählt. 5 Stimmen entfallen auf den kommunistischen Abgeordneten Lechleiter, eine auf den früheren Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner (Zentr.), jetzt Präsident des Badischen Rechnungshofes. Die drei Deutschnationalen geben weiße Zettel ab. Das Ergebnis wird vom Hause mit Beifall aufgenommen.

Präsident **Duffner** übernimmt den Vorsitz mit einem Dank für das ihm bewiesene Vertrauen und mit der Bitte, ihn in seiner Geschäftsführung zu unterstützen.

Es folgt die Wahl des **ersten Vizepräsidenten.** Als solcher wird mit 68 Stimmen der bisherige Inhaber dieses Postens, der sozialdemokratische Abg. Emil **Maier**-Heidelberg (Sozdem.) gewählt. Eine Stimme fällt auf den Abg. Rösch (Sozdem.), der Kommunist Lechleiter erhält 5 Stimmen, 5 Zettel sind weiß. — Die Wahl des **zweiten Vizepräsidenten** fällt wiederum auf den Abg. Dr. **Waldeck** (D. Vp.). 5 Stimmen erhielt der Kommunist Lechleiter, außerdem werden 5 weiße Zettel abgegeben. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Die bisherigen Schriftführer, und zwar die Abgeordneten **Amann** (Zentr.), **Berggötz** (Ev. Vd.), Frau **Fischer**-Karlsruhe (Sozdem.), **Fischer**-Konstanz (Dem.), **Hilbert** (Wirtsch.- u. Bauernp.) und Dr. **Horn** (D. Volksp.), werden durch Zuruf wiederum in ihren Ämtern bestätigt.

Es folgt

die Wahl der ständigen Ausschüsse.

Abg. **Bock** (Komm.) begründet einen Antrag, auch den Gruppen eine Vertretung in den Ausschüssen zu geben. Die Abg. **Maier**-Heidelberg (Sozdem.) und Dr. **Baumgartner** (Zentr.) sprechen aus Gründen der Geschäftsordnung, an die man sich doch halten müsse, gegen den Antrag, der indessen von den Abg. Dr. **Schmitthenner** (DNatl.) und **von Au** (Wirtsch.- u. Bauernp.) sowie **Teutsch** (Ev. Vd.) unterstützt wird.

Abg. **Hofheinz** (Dem.) erklärt, seine Freunde würden sich der Stimme enthalten, da in diesem Augenblick sich keine Lösung finden werde. Abg. **Bock** (Komm.) übt in seinem Schlußwort scharfe Kritik an der Haltung der Mehrheit.

Der Antrag wird darauf mit großer Mehrheit bei Stimmenthaltung der Demokraten und der Nationalsozialisten abgelehnt. Nunmehr gibt der Präsident die Vorschläge der einzelnen Fraktionen für die Zusammensetzung der Ausschüsse bekannt, denen das Haus **zustimmt.**

Während einer kurzen Pause erfolgt

die Konstituierung der Ausschüsse.

Nach Wiederaufnahme der Plenarsitzung gibt der **Präsident** bekannt, daß der Haushaltsausschuß den Abg. **Rückert** (Soz.) zum Vorsitzenden, den Abg. Dr. **Baumgartner** (Zentr.) zum Stellvertreter und Abg. **Seubert** (Zentr.) zum Schriftführer bestellt hat.

Ferner wurden bestimmt: Zum Vorsitzenden des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung der Abg. **Schneider** (Zentr.), des Geschäftsordnungsausschusses der Abg. Dr. **Leers** (Dem.) und des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden der Abg. **Steinel** (D. Vp.).

Die Zusammensetzung des Ausschusses hat sich gegen früher kaum verändert.

Abg. Dr. **Leers** (Dem.) erstattet den Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über

die Nachfolgeschaft der Abg. Dr. Schofer und Lenz.

Für diese treten der Gemeinderat **Schwarz** in Mosbach und Freiherr **von Marschall** neu in das Haus ein. Sie werden beim Erscheinen vom Präsidenten begrüßt. Von der linken Seite des Hauses wird der Abg. v. Marschall mit Heilrufen empfangen. Es gibt hüben und drüben lebhafte Zwischenrufe.

Der **Präsident** teilt dann eine Unmenge von

Eingängen

mit. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf, betr. **Änderung des Beamtengesetzes,** vorgelegt. Er betrifft beamtenrechtliche Fragen. Die **Nationalsozialisten** haben **Mißtrauensanträge** gegen die Gesamtregierung, sowie gegen die Minister Dr. Remmele und Wittemann eingebracht.

Groß ist die Zahl der Anträge und Interpellationen aus dem Hause.

Die Verlesung der **deutschnationalen Förmlichen Anfrage über den Fall Gumbel** löst neue Zwischenrufe und große Unruhe aus. Die **Sozialdemokraten** haben in derselben Sache ebenfalls eine Förmliche Anfrage eingebracht.

Eine weitere **deutschnationale Interpellation** betrifft die Begleitung des Ministers Dr. **Remmele** auf Wahlreisen durch Schupobeamte.

Zur Behandlung kommt dann der von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, unterzeichnete **Antrag auf Kürzung der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten** um 20 Proz. mit sofortiger Wirkung.

Der Antrag wird nach lebhaften Auseinandersetzungen mit den Kommunisten gegen deren Stimmen in beiden Lesungen **angenommen.**

Das Haus nimmt noch die Berichte der Abg. **Seubert** Ztr.) und **Hofheinz** (Dem.) über die Rechnungen der Amortisationskasse und des Domänengrundstocks entgegen und vertagt sich um ¾2 Uhr auf nachm. 4 Uhr.

*

Anläßlich der heutigen Eröffnung des Landtages hat vormittags in der St.-Stephans-Kirche ein gutbesuchter feierlicher Gottesdienst stattgefunden. Die katholischen Mitglieder des Hauses waren mit Staatspräsident Dr. **Schmitt** und Minister **Wittemann** an der Spitze fast vollzählig erschienen. Das levitierte Hochamt wurde von Prälat Dr. **Stumpf** unter den Gesängen des Kirchenchors zelebriert. Auch in der evangelischen Kleinen Kirche fand ein Gottesdienst statt, der von Lic. **Benrath** gehalten wurde.

Der Stand der badischen Finanzen

Zur Sitzung des Landständischen Landtagsausschusses

Die Hauptbilanz der Amortisationskasse auf 31. März 1930 verglichen mit jener vom 31. März 1929 ergibt folgendes Bild: Die Summe des Vermögens beträgt 155 932 007 *RM* gegen 151 589 307 *RM* in 1929, also 4 342 700 *RM* mehr, die der Schulden 124 036 629 gegen 120 245 405, danach 3 791 224 *RM*. Mehrverschuldung. Der reine Vermögensstand ist 31 895 378 Reichsmark, der sich um 551 467 *RM* gegen 1929 verbessert hat.

Die für die allgemeine Staatsverwaltung, für wirtschaftliche Unternehmungen und für die Wohnungsfürsorge verwendeten Anlehensmittel haben sich von 59,9 Mill. Reichsmark auf 57,4 Mill. oder um 2,4 Mill. Reichsmark vermindert. An Ertrag aus der Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen wurden 162 907 *RM* weniger erzielt, als im Voranschlag vorgesehen. Dies rührt vom schlechten Geschäftsgang in der Rheinschiffahrt her. Der Wirtschaftsfonds belief sich am 1. April 1930 auf 8 696 980 *RM*. Das gesamte Domänengrundstocksvermögen betrug am 1. April 1930 rund 232¼ Mill. Reichsmark. Die abgesonderten Gemarkungen sind jetzt fast alle aufgehoben.

Nach einem gemeinsamen Beschluß aller im Vertrauensmännerausschuß vertretenen Fraktionen sollen die **Diäten der Landtagsabgeordneten** mit sofortiger Wirkung um 20 Proz. gekürzt werden. Am 22. November 1930 wird der Staatsgerichtshof über die **Klage Badens gegen das Reich** wegen Besetzung eines Verwaltungsratspostens in der Reichsbahn entscheiden.

Der Fremdenverkehr Badens im Monat Oktober

Nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts sind in 230 meldenden badischen Fremdenplätzen insgesamt 100 080 Fremde, darunter 9477 Ausländer angekommen (September 143 573 Fremde, hierunter 21 423 Ausländer). Die **ausländischen Besucher** stammen in der Mehrzahl aus der Schweiz (2374), an zweiter Stelle steht Österreich (1208). Aus den Vereinigten Staaten von Amerika wurden noch 1023 Fremde gezählt. England, das im September noch die meisten Auslandsbesucher stellte, ist mit 988 Besuchern an die vierte Stelle gerückt. In der weiteren Reihenfolge kommen Holland (607) und Frankreich (506).

Gegenüber 495 550 **übernachtungen** im September waren im Oktober nur noch 276 855 Übernachtungen zu verzeichnen, wovon 15 289 auf Ausländer treffen (im Vormonat 36 013). Auch hier steht die Schweiz mit 3668 Übernachtungen an der Spitze; es folgen Österreich, Vereinigte Staaten von Amerika, England, Holland und Frankreich.

Aus der badischen Industrie

Beigelegter Lohnkonflikt in Weinheim (Bergstraße). In der Angelegenheit der Lohndifferenzen bei der Lederfabrik **Freudenberg** kam vor dem Schlichter eine Einigung dahin zustande, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1931 die Akkordlöhne um 4 Proz. gekürzt werden.

Bei der Rhodiaseta Azetat-Kunstseide AG. in Freiburg sollen durch die geplanten Betriebseinschränkungen 300—400 Arbeiter zur Entlassung kommen. Die Verwaltung hat beim Landeskommissariat Genehmigung auf teilweise Stillegung beantragt. Bei den Entlassungen handelt es sich vornehmlich um weibliche Arbeitskräfte. Es werden etwa 30 Proz. der Belegschaft betroffen. Die Firma will es sich angelegen sein lassen, vorwiegend Nichteinheimische und nicht auf Verdienst angewiesene Arbeitskräfte zu entlassen. Die Gründungsbilanz für 1928 wies bei 6 Mill. Reichsmark Aktienkapital 2,3 Mill. Reichsmark Verlust auf, der 1929 bei auf 8 Mill. Reichsmark erhöhtem Aktienkapital auf 3,7 Mill. Reichsmark anstieg. Neuerdings erfolgte eine Preisherabsetzung für Azetat-Kunstseide, von der die Gesellschaft sich eine Umsatzsteigerung erhofft.

Die Seidenweberei Zimmerlin-Forcart u. Co. in Zell i. W. ist nun doch, entgegen früheren Annahmen, in der Lage, den ganzen Betrieb den Winter über aufrechtzuerhalten. In der letzten Zeit konnten von Woche zu Woche wieder Arbeiter eingestellt werden.

Aus den Parteien

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Badischen Landtag trat am Mittwoch zu ihrer ersten Fraktionssitzung vor Beginn der neuen Landtagssession zusamrien. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde wieder Abg. Dr. **Mattes** gewählt. In der allgemeinen politischen Aussprache wurde festgestellt, daß Fraktion und Parteileitung der kürzlich in einer Freiburger Zeitung gemachten Anregung auf Schaffung eines Wirtschaftsministeriums vollkommen fernstehen und die Schaffung weiterer Ministerien einmütig ablehnen.

Tagungen

Die badischen Obermeister des Bäckerinnungsverbandes tagten Sonntag in Bühl, um Stellung zu der Frage der Preissenkung auch für das badische Bäckergewerbe zu nehmen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Verbandssyndikus **Weber** über das Brotgesetz, den Beimahlungszwang und den Preisabbau. In einer Entschließung wird erklärt, daß die Brotpreise in Baden seither stets mit äußerster Genauigkeit berechnet worden seien. Voraussetzung für die Herabsetzung des Brotpreises ist vor allem der Abbau der unerträglich hohen Steuern und Soziallasten und eine Senkung der Mehlpreise. Für die Gestaltung der Brotpreise ist seit Jahren nur einzig und allein der Mehlpreis ausschlaggebend gewesen. Das badische Bäckergewerbe wird eine neuerliche Nachprüfung seiner Preise und dort eine Senkung vornehmen, wo es irgend möglich ist. Es erklärt aber gleichzeitig, daß es sich nicht scheuen wird, unverzüglich seine Preise wieder zu erhöhen, wenn durch die überspannte Festsetzung der Zölle oder aus anderen Gründen eine Erhöhung der Mehlpreise eintritt und der in Aussicht gestellte allgemeine Abbau der Preise nicht auch in allen Zweigen der Industrie und in allen anderen Berufen, Hand- und Kopfarbeitern, nicht restlos durchgeführt wird.

Sämtliche gußeis. Kanalisationsartikel

Feldbahnen und alle **Baugeräte** für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern

zu Kauf und Miete 951

Wilhelm Messmer, Villingen

Gegründet 1903 — Kataloge gratis — Fernsprecher 2131

Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

Oberbürgermeisterkandidaten in Ludwigshafen. Der Personalausschuß des Stadtrats Ludwigshafen hat die Sichtung der 27 Bewerbungen für den ersten Bürgermeisterposten vorgenommen, mit folgendem Ergebnis: 15 Bewerber wurden von vornherein ausgeschieden, **7 Bewerber kommen in die engere Wahl,** die nach altem Brauch aufgefordert werden, sich dem Stadtrat vorzustellen. Von diesen 7 Bewerbern sind 4 Herren derzeit in der Pfalz, zwei in München, einer in Baden tätig.

Der Basler Voranschlag. Der Baselstädtische Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1931 weist 54 938 989 Franken Einnahmen und 60 902 306,20 Ausgaben, somit ein Defizit von 962 317,20 Franken auf.

Aus der Landeshauptstadt

Aufnahme in die Sexta. In der Mitteilung in Nr. 269 vom 18. Nov. über die Neuordnung der Aufnahmeprüfung in die Sexta hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß heißen: „Schulkinder, die in den beiden Zeugnissen des vierten Schuljahres einer öffentlichen Volksschule die Note **„sehr gut"** oder **„gut"** in der „deutschen Sprache" **und** (nicht oder) im „Rechnen" haben, sind von der mündlichen und schriftlichen Prüfung befreit."

Jugendliche Räuber festgenommen. Ein 18 Jahre alter Stukkateur und ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling, beide aus **Essen,** konnten in Karlsruhe festgenommen werden. Sie wurden wegen eines am 8. November 1930 auf einen Kassenboten der Deutschen Volksbank in Essen verübten Raubüberfalls, bei dem sie 11 000 *RM* erbeuteten, gesucht. Die beiden Burschen sind in ihrer Heimat als gerissene Autodiebe bekannt. Sie verlegen sich aufs Leugnen.

Badisches Landestheater. Von allen lebenden deutschen Dichtern gehört Stefan Zweig, dessen Tragikomödie **„Das Lamm des Armen"** am Samstag, dem 22. November, unter der Spielleitung Felix Baumbachs, zur hiesigen Erstaufführung kommt, zu den ganz wenigen, die innerhalb eines kurzen Jahrzehnts staunenswerten Aufschwung genommen haben, einen Aufschwung an breitestem künstlerischem Wachstum, wie an stärkster internationaler Geltung. Auch sein jüngstes Bühnenwerk, diese Tragikomödie um den armen Leutnant Fourès, dem sein teuerster Besitz, sein Weib, von Bonaparte, dem ersten Konsul, der großen Hoffnung Frankreichs, weggenommen wird und der sich vergeblich gegen Schmach und Rechtsbruch auflehnt, scheint nach dem an zahlreichen andern Bühnen erzielten Erfolg das Werturteil über den Dichter nur zu bestätigen.

Berényis ungarische Zigeunerkapelle. Eine musikalische Sensation steht der badischen Landeshauptstadt bevor: am kommenden **Sonntag,** den 23. November, wird abends 8 Uhr in der großen Festhalle das Symphonieorchester der Zigeunerprimasse bei uns spielen. Der bekannte ungarische Dirigent und Geigenvirtuose Berény hat die besten Geiger, Cimbalisten und Bläser aus den ungarischen Kapellen zu einem Klangkörper vereinigt, der das Entzücken der europäischen Konzertsäle hervorruft. Kein Geringerer als Franz Liszt hat schon vor Jahren den Wunsch geäußert, seine ungarischen Rhapsodien einmal von echten Zigeunern auf Originalinstrumenten der Pusta gespielt hören zu können; aber es war nie möglich, ein Zigeunerorchester von mehr als 10 oder 12 Mann zusammenzubringen. Denn die Zigeuner sind — Romantiker! Es mußte schon ein Dirigent von suggestiver Kraft kommen, um nun gar 40 Zigeuner, wie in Berénys Kapelle, unter einen Hut zu bringen. — Da, wie überall, auch in Karlsruhe mit Massenbesuch gerechnet wird, wurde für diese außergewöhnliche Veranstaltung der große Saal der Festhalle gewählt und der Vorverkauf außer bei den üblichen Kassen der Firmen Neufeldt und Bielefeld auch dem Warenhaus Knopf übertragen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Seit gestern herrscht nun wieder ausgesprochenes Westwetter. Von einer atlantischen Zyklone, die heute über Mitteleuropa angelangt ist, wurden erhebliche Mengen Warmluft nach dem Festland befördert, so daß es bei uns außerordentlich mild geworden ist. Eine weitere Zyklone folgt im Westen und wird für anhaltende Zufuhr von Warmluft sorgen. **Wetteraussichten:** Fortdauer der trüben und regnerischen Witterung bei starken und in der Höhe stürmischen Westwinden, anhaltend mild.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 41) enthält eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über die Ausführungsvorschriften über das Abstimmungsverfahren bei Errichtung von Krankenkassen.

DZ. **Heidelberg,** 19. Nov. Im Alter von 64 Jahren ist heute vormittag um ½7 Uhr der Direktor der hiesigen Ohrenklinik, Geh. Hofrat Prof. Dr Werner **Kümmel,** nach längerem schwerem Leiden gestorben.

DZ. **Mühlhausen** (A. Wiesloch), 19. Nov. Am Montag früh gegen 2 Uhr kam es beim Nachhausegehen zwischen Anhängern der Handwerker- und Bauernpartei und der Bürgervereinigung zu einem schweren **Zusammenstoß,** wobei der Zigarrenfabrikant Wilhelm **Seßler** mit einem Messer einen **schweren** Stich in den Unterleib erhielt, so daß die Därme hervortraten. Der Zustand ist ernst. Der in Frage kommende Täter ist noch nicht festgestellt.

DZ. **Kuppenheim** (Amt Rastatt), 19. Nov. Hier mußte die **Gemeindewahl** Sonntag nachmittag um 4 Uhr **abgebrochen** werden, weil die **Stimmzettel** ausgegangen waren. Die Wahlbeteiligung betrug 90 Proz. Die Wahl wird für ungültig erklärt werden müssen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. November Geld	20. November Brief	17. November Geld	17. November Brief
Amsterdam 100 G.	168.61	168.95	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.08	112.30	112.10	112.32
Italien . . 100 L.	21.945	21.985	21.945	21.985
London . . 1 Pfd.	20.359	20.399	20.36	20.40
New York 1 D.	4.1920	4.2000	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.459	16.499	16.458	16.498
Schweiz . . 100 Fr.	81.235	81.395	81.27	81.43
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	59.015	59.135
Prag. . . . 100 Kr.	12.43	12.45	12.432	12.452

Die Bank von Indien erhöhte heute ihren Diskontsatz von 5 auf 6 Prozent.

Eine Abschlagsverteilung aus der Konkursmasse Kiefer. Im Nachlaßkonkursverfahren des verstorbenen Fabrikanten Ernst Kiefer, Kork, findet nunmehr eine Abschlagsverteilung von rund 200 000 *RM* auf die fast zwei Millionen betragende Passivsumme der nicht bevorrechtigten Gläubiger statt. Die bevorrechtigten Gläubiger sind, soweit ihre Forderungen anerkannt wurden, bereits befriedigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Literarische Neuerscheinungen

Wie wird man Seemann? Diese Frage beantwortet das Buch **„Die Laufbahnen in der Handels- und Reichsmarine"** von Kapitän Preuß, das soeben, vollständig neu bearbeitet, unter Berücksichtigung der neuesten gesetzlichen Bestimmungen im Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W. erschienen ist. Die Anforderungen, der Ausbildungsgang vom Schiffsjungen bis zum Kapitän und die übrigen seemännischen Laufbahnen, die Prüfungsbestimmungen, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten werden eingehend und übersichtlich behandelt. Auch die Bestimmungen über den Eintritt in die Reichsmarine und die Marinelaufbahnen vom Matrosen bis zum Offizier sind berücksichtigt.

Nachtrag zu F. W. Koch, Die gesamten Reichssteuergesetze (2., neubearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage). — Nach dem Stande vom 14. Juni 1930. Mit vollständigem Neudruck des Tabak- und des Zuckersteuergesetzes. VI, 90 Seiten kl. 8°. München 1930. C. H. Beck. Geheftet 1 *RM* (Hauptband mit Nachtrag wie seither 8 *RM*). — Durch einen soeben erschienenen Nachtrag und Deckblätter wird die Koch'sche Ausgabe der gesamten Reichssteuergesetze auf den augenblicklichen Stand der Gesetzgebung gebracht. Der Nachtrag faßt die zahlreichen wichtigen Änderungen der bisherigen Steuergesetze und die die Mineralöl-, Branntweinersatz- und Mineralwassersteuer betreffenden neuen Gesetzesvorschriften zusammen und führt wie der Hauptband in den Anmerkungen auch alle inzwischen ergangenen Aus- und Durchführungsbestimmungen an.

Umsatzsteuernovelle 1930 nebst Durchführungsverordnung und ergänzenden Bestimmungen mit Erläuterungen, Tabellenauszug und Sachverzeichnis von Dr. F. W. Koch, Reichsfinanzrat, Mitglied des Reichsfinanzhofes. Zugleich Nachtrag zur erläuterten Ausgabe des Umsatzsteuergesetzes von Dr. F. W. Koch. (München, C. H. Beck. Kart. 2 *RM*.). — Die Koch'sche Ausgabe wird ihrem Zweck in vollkommener Weise gerecht, sie dient auch als Ergänzung zu jeder Ausgabe des Umsatzsteuergesetzes, vor allem zu der im gleichen Verlag erschienenen Koch'schen Ausgabe, und sei daher allen Interessenten bestens empfohlen.

Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Sammlung von Reichsgesetzen und Verordnungen einschließlich des zwischenstaatlichen Rechts. Textausgabe mit Sachverzeichnis von Dr. Otto Warneyer, Reichsgerichtsrat. (188 Seiten. München. C. H. Beck. Leinenband 3,20 *RM*). — Für diesen soeben im Rahmen der bekannten Beck'schen Sammlungen von Reichsgesetzen eines bestimmten Rechtsgebietes erschienenen neuen Band besteht ein besonderes Bedürfnis. Er vereinigt in zuverlässigster Darbietung durch Reichsgerichtsrat Dr. Warneyer die gesamten zur Zeit geltenden Bestimmungen des gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrechts, außer den neuen und neuesten also auch noch die in Kraft befindlichen Bestimmungen früherer Gesetzgebung.

Gustav Schröer: **Der Herrgott und ein Mann.** Ein neuer Thüringer Bauernroman. (Preis gebunden 5 *RM*. Verlag C. Bertelsmann in Gütersloh), Schröers Thüringer Bauernromane gewinnen immer ständig an Wucht und Tiefe. Schon der Titel packt: Der Herrgott und ein Mann! Wo ist der Mann, der eine Dorfgemeinde endlich zusammenschweißt über jahrhundertelangem Hader um den Gemeindewald; der trotz Quertreibereien, Klatsch und Ahnendünkel seinen Weg geht? Dem jungen Schulzen Silge gelingts, denn jeder seiner Schritte ist ein „Ich will". Schröer zeichnet prächtige Typen. Da ist der Doktor-Franz, der nie mit sich fertig wurde; die Leuthold-Mutter, deren frohes Gottvertrauen, so ganz unbäurisch, alle bezwingt; der Arno Silge, Amboß und Hammer zugleich; und seine sonnige Eva, die auch erst durch des Herrgotts Schule mußte.

Jack London: **„Die Zwangsjacke". Roman.** (Brosch. 3 *RM*, Universitas Deutsche Verlags-AG., Berlin). — Jack Londons Roman „Die Zwangsjacke" ist ein erschütterndes menschliches Dokument, das sich mit den Problemen des Strafvollzuges in Amerika auseinandersetzt; Jack Londons Erfahrungsreichtum und Klarheit sind so groß, daß seine Stellungnahme heute aktueller denn je ist und erneut zur Diskussion gestellt werden muß. Doch der Roman ist als Gestaltung eines Dichters mehr als Dokument: diese Aufzeichnungen des zum Tode verurteilten Professors Darrell Standing sind so packend und quälend, daß sie einen bis in den Traum hinein verfolgen — seine geistige Hochspannung aber überwindet selbst diese Qual.

Joh. Nordling: **Quasi una fantasia.** Ein Beethoven-Roman. (Preis geb. 5 *RM*, C. Bertelsmann, Verlagsbuchhandlung in Gütersloh). Die Tragik des Genies ist hier gestaltet. Der Genius bleibt allein; Allzutägliches darf nicht binden, oder die Schwingen sind gebrochen, er stürzt in den Erdenstaub. Innerlich geschaut und wahrhaft dichterisch empfunden ist dieses grandiose Beethoven-Thema. Durchgeführt mit tiefer Musikalität, die allen Beethoven-Verehrern das rastlose Schaffen der Wiener Jahre künstlerisch und vor allem menschlich näherbringt.

Badische Landesbibliothek

Zugangsauswahl 1930
April—September

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landeseinwohner kostenlos benutzt werden. Die Zusendung geschieht postfrei; die Rücksendung trägt der Entleiher. Die Landesbibliothek umfaßt die wichtigeren Zweige der Wissenschaft, schließt aber engste Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Einsendung solcher Schriften ist willkommen.

I.

Allgemeines. Universitäts- und Bildungswesen. Buch- und Bibliothekswesen.

L. Bernhard, Akademische Selbstverwaltung in Frankreich und Deutschland. 1930. F. Boll, Vita contemplativa. Festrede. 2. Aufl. 1922. E. Borkowsky, Das alte Jena und seine Universität. 1908. H. Hartleben, Jean François Champollion. 1906. Helen Keller, Mitten im Lebensstrom. (1929.) S. Kierkegaard, Buch des Richters. Tagebücher 1833—55. 1905. E. Krieck, Deutsche Kulturpolitik? 1928. M. Mendelssohn, Ges. Schriften. Jubiläumsausgabe. 7. Schriften zum Judentum. 1930.

Moeller van den Bruck, Die Zeitgenossen. 1906. Wilh. Müller, Amerikanisches Volksbildungswesen. 1910. Friedr. von Schelling, Methode des akademischen Studiums. Hg. von Otto Braun. 1907. Albert Schweitzer, Selbstdarstellung. 1929. D. Fr. Strauß, Briefe an seine Tochter. Hg. von Fr. Heusler. 1921. Der Student vor Gott. Hg. von G. Muntschick. [1930.] Vorträge der Bibliothek Warburg. Hg. von F. Saxl. Vorträge 1926—27. 1930. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen. Amtl. Material. 1929.

Dietrichs, Die Buchdruckpresse. 1930. Dorothea Giebe, Betriebslehre der deutschen Volksbücherei. 1930. M. Godet, Die Bibliothekarin in der Schweiz. 1929. G. Kießling, Anfänge des Titelblattes. 1930. A. Ruppel, Das Grab Gutenbergs. 1930. G. Zedler, Gutenberg und Schöffer im Lichte des Mainzer Frühdrucks. 1929.

Sprachwissenschaft.

D. Behrens, Deutsches Sprachgut im Französischen. 1923. R. Blümel, Der neuhochd. Rhythmus in Dichtung und Prosa. 1930. A. Debrunner, Sprachwissenschaft und klassische Philologie. 1930. O. Dittrich, Probleme der Sprachpsychologie. 1913. W. Keinath, Württembergisches Flurnamenbüchlein. 1926. R. Kron, Le petit Parisien. 1930. Th. Mathias, Sprachleben und Sprachschäden. 6. Aufl. 1930. F. Mentz, Die bad. Ortsnamenforschung. (SA.) 1930. Karl Schneider, Was ist gutes Deutsch? 1930. H. Sperber, Geschichte der deutschen Sprache. 1926. R. Vollmann, Flurnamensammlung. 4. Aufl. 1926. A. Walde, Vergleich. Wörterbuch der indogerman. Sprachen. Hg. von J. Pokorny. 1930.

Philosophie. Psychologie.

F. Adler, Ethische Lebensphilosophie. 1926. Fr. J. Böhm, Die Logik der Ästhetik. 1930. E. W. Bräuer, Überwindung der Materie. 1925. Otto Braun, Philosophie des Schaffens. 1912. J. Burnet, Die Anfänge der griech. Philosophie. 1913. M. Dessoir, Vom Diesseits der Seele. Psycholog. Briefe. 1923. W. O. Döring, Das Lebenswerk Imm. Kants. 6. Aufl. (1921.) H. Driesch, Das Problem der Freiheit. 1917. M. v. Droste, Ich und der andere. Entfaltung der Persönlichkeit. 1925. Ch. v. Ehrenfels, Kosmogonie. 1916. F. Erhardt, Die Philosophie des Spinoza. 1908. H. Gomperz, Das Problem der Willensfreiheit. 1907. Th. Haering, Christoph Sigwart. 1930. K. P. Hasse, Von Plotin zu Goethe. 1909. R. Haym, Hegel und seine Zeit. 2. Aufl. Hg. von H. Rosenberg. 1927. H. Hefele, Das Gesetz der Form. 1919. G. W. F. Hegel, Vorlesungen über die Beweise vom Dasein Gottes. Neu hg. von G. Lasson. 1930. H. Hellmund, Das Wesen der Welt. (1927.) R. Herbertz, Bewußtsein und Unbewußtes. [1908.] H. Herz, Energie und seelische Richtkräfte. 1909. P. Hofmann, Metaphysik oder verstehende Sinnwissenschaft? 1929. A. Horneffer, Nietzsche als Moralist. 1906. K. Joël, Seele und Welt. 1912. D. H. Kerler, Jenseits von Optimismus und Pessimismus. 1914; Henri Bergson. 1917; Max Scheler. 1917; Weltwille und Wertwille. Hg. von K. Port. 1925. F. Kreis, Phänomenologie und Kritizismus. 1930. Gg. Lasson, Einführung in Hegels Religionsphilosophie. 1930. L. Lévy-Bruhl, Die Philosophie Aug. Comtes. 1902. Th. Lipps, Philosophie und Wirklichkeit. 1908. E. Lucka, Otto Weininger. 1921. G. Magasanik, Voraussetz. des Realismus und Idealismus. 1928. J. v. Malottki, Das Problem des Gegebenen. 1929. Ch. E. Maylan, Freuds tragischer Komplex. 1929. H. Pichler, Wesen der Erkenntnis. 1926. Plotin, Schriften. Übers. von R. Harder. 1930. H. Prager, Die Weltanschauung Dostojewskis. 1923. Schilling, Das Ethos der Mesotes. 1930. E. H. Schmitt, Die Gnosis. I., II. 1903, 07. K. Siegel, Geschichte der deutschen Naturphilosophie. 1913. E. Spranger, Psychologie des Jugendalters. 13. Aufl. 1930. W. Stern, Psychologie der frühen Kindheit. 5. Aufl. 1928. E. Ungerer, Die Teleologie Kants. 1921. J. M. Verweyen, Der Edelmensch und seine Werte. 1922. R. Volley, Geist, Kraft und Stoff. 1930. K. Vorländer, Kant, Schiller, Goethe. Aufsätze. 1907. Philosophische Vorträge. 24. G. Radbruch, Über Religionsphilosophie des Rechts. — P. Tillich, Über die Idee einer Theologie der Kultur. 1919. 25. W. Blumenfeld, Zur kritischen Grundlegung der Psychologie. 1920. 26. H. Scholz, Die Bedeutung der Hegelschen Philosophie f. d. philos. Denken der Gegenwart. 1921. 27. S. Marck, Hegelianismus und Marxismus. 1922. 28. P. Hofmann, Das religiöse Erlebnis. 1925. 29. S. Frank, Die russische Weltanschauung. 1926. 30. Hch. Levy, Die Hegel-Renaissance. 1927. 31. H. Kelsen, Die philos. Grundlagen der Naturrechtslehre. 1928. Th. Ziehen, Die Grundlagen der Charakterologie. 1930.

Erziehung.

K. H. Becker, Die pädagogische Akademie im Aufbau unseres Bildungswesens. 1930. H. Bogen, Psycholog. Grundlegung der prakt. Berufsberatung. 1927. L. Bopp, Allgemeine Heilpädagogik. 1930. Der Bücherschatz des Lehrers. Herausgegeben von A. Rude. 1. Das freie Unterrichtsgespräch. Von F. Braune, F. Krüger, F. Rauch. 2. P. Ficker, Didaktik der neuen Schule. 1930. K. Bühler, Die geistige Entwicklung des Kindes. 2. Aufl. 1921. E. Dürr, Aufmerksamkeit. 1907. H. Gaudig, Didaktische Präludien. 1909; Die Schule im Dienste der werdenden Persönlichkeit. 3. Aufl. 1930. L. Gurlitt, Die Schule. 1907. Handbuch der Pädagogik. 5. Sozialpädagogik. 1929. E. Heywang, Der Landlehrer. 1930. K. Iven, Die Industriepädagogik des 18. Jahrhunderts. 1929. A. Köttgen, Schule und Lehrer im modernen Staat. 1930. E. Krieck, Erziehungs-Philosophie. 1930. O. Kroh, Die Psychologie des Grundschulkindes. 1930. Marie-Anne Kuntze, Friedrich Fröbel. 1930. F. Lampe, Der Film in Schule und Leben. 1924. F. X. Lender, 1830—1930. Blätter der Erinnerung. (1930.) R. Marquardt, Heimatkunde und Arbeitsschule. 1914. P. Fr. Orgel, Die didaktischen Normalformen [E.] v. Sallwürks in der Praxis. 1914. Pestalozzi, Sämtl. Werke, hsg. von Buchenau u. a. IX. 1782—1787. 1930. Jul. Richter, Geschichte der sächsischen Volksschule. 1930. A. Rude, Die neue Schule und ihre Unterrichtslehre. 1929. E. Saupe, Deutsche Pädagogen der Neuzeit. 1929. E. Schaar, Elternhaus und Schule. 1930. F. Scholz, Die Charakterfehler des Kindes. 3. Aufl. hg. von J. Trüper. 1911. Joh. G. Sprengel, Die deutsche Kultureinheit im Unterricht. 2. Aufl. 1927. Ernst Weber, Die pädagog. Gedanken des jungen Nietzsche. 1907. Else Wentscher, Eltern und Kinder. 1929. Wesen und Wege der Schulreform. Hg. von A. Grimme. 1930.

(Nachdruck erwünscht.)

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. November 1930 im Lande Baden verseucht mit:

Maul- und Klauenseuche:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Freiburg	Breisach
Karlsruhe	Karlsruhe, Hagsfeld, Stupferich
Mannheim	Mannheim-Feudenheim, Mannheim-Käfertal
Staufen	Biengen, Eschbach
Tauberbischofsheim	Großrinderfeld
Weinheim	Weinheim, Hemsbach.

Schweineseuche und Schweinepest:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bretten	Kürnbach, Sulzfeld
Bruchsal	Helmsheim, Tiefenbach
Heidelberg	St. Ilgen
Lahr	Friesenheim, Grafenhausen
Mannheim	Mannheim, Mannheim-Sandhofen, Mannheim-Wallstadt, Neckarhausen, Plankstadt, Schriesheim, Schwetzingen, Seckenheim
Meßkirch	Leibertingen, Wasser
Müllheim	Marzell
Tauberbischofsheim	Distelhausen
Weinheim	Hemsbach.

Räude der Einhufer:

Amtsbezirke:	Gemeinden:
Waldshut	Detzeln, Mettenberg, Untermettingen
Weinheim	Weinheim.

Badisches Statistisches Landesamt.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres
Unter Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V.

Mit dem 1. Dezember 1930 werden ernannt:

Generalmajor Boehm-Tettelbach, Kommandeur des Inf.-Regts. 14, zum Chef des Wehramts,
Oberst Blaskowitz, Chef des Stabes der 5. Div. und Landeskommandant in Baden, zum Kommandeur des Inf.-Regts. 14,
Oberstleutnant Ritter von Molo, Stab 5. Div., zum Kommandanten von Stuttgart,
Oberstleutnant Höring, Kommandeur des II./Art.-Regts. 4, zum Chef des Stabes der 5. Div.,
Major Klepke, Inf.-Regt. 15, zum Kommandeur des I./Inf.-Regts. 15;

Mit dem 30. November 1930 scheiden aus:

Major Dörffer, Art.-Regt. 5,
Major Menzel, San.-Abt. 5;

Mit dem 1. Dezember 1930 werden versetzt:

Oberstleutnant Sieglin, Kommandant von Stuttgart, zum Stab des Inf.-Regt. 14,
Oberstleutnant Lüters, Kommandeur des I./Inf.-Regts. 15, Landeskommandant in Hessen, in den Stab der 5. Div.,
Hauptmann Erxleben, Stab des Gruppenkommandos 2, in die Nachrichtenabteilung 5,
Oberleutnant Jäschke, Nachrichtenabteilung 5, in den Stab des Gruppenkommandos 2;

Mit dem 1. November 1930 wurden ernannt:

Major Wagner, San.-Abt. 7, zum Kommandeur der Kraftfs. Abt. 5;

Mit dem 31. Oktober 1930 ist ausgeschieden:

Leutnant Weyrauch, San.-Abt. 5;

Mit dem 1. November 1930 wurden versetzt:

Assistenzarzt Dr. Krey, San.-Abt. 4, in die San.-Abt. 5, San. Staffel Ulm.

Grundstückszwangsversteigerung.

5 VT. 29/30.

Im Zwangsweg versteigert das Notariat am
Montag, den 12. Januar 1931, vorm. 9½ Uhr
in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 13, das folgende Grundstück des **Adolf Kiefer**, Kieslieferant in Knielingen, jetzt in Baden-Baden, Kreuzstraße 7, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 25. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 25. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

Grundstücksbeschrieb:

Lgb. Nr. 8121, 9 a 19 qm Acker, Gewann Untere Rainmühle. Schätzungswert: 1300 *RM*.

Karlsruhe, den 18. November 1930. R.68.

Notariat V — Vollstreckungsgericht —.

R.71. **Karlsruhe.** Über das Vermögen des Kaufmanns **Emil Jonas** in Karlsruhe, Weinbrennerstr. 56, wurde heute nachmittags 6 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Ruzek hier, Karlstraße Nr. 101. Konkursforderungen sind bis zum 6. Dezember 1930 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschließung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: **Montag, den 15. Dezember 1930, vormittags 9½ Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 6. Dezember 1930 anzuzeigen. Karlsruhe, den 18. November 1930. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.**

Badisches Landestheater

Freitag, den 21. Nov. 1930
*F 8 (Freitagmiete)

Falstaff

Von Verdi

Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blank, Esselsgroth, Grünwald-Seyfert, Haberkorn, Kalnbach, Kiefer, Löser, Nentwig, Oerner, Schuster.

Anfang 20 Ende 22¼
Preise C (1—7 *RM*)

Sa. 22. 11. Zum erstenmal: Das Lamm des Armen. So. 23. 11. Nachmittags: Der Kaufmann v. Venedig. Abends: Neu einstudiert: Das Nachtlager in Granada. Mo. 24. 11. Der Waffenschmied. Die. 25. 11. Gastspiel des Japanischen Theaters

Druck G. Braun, Karlsruhe.